

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 26 (1950-1951)
Heft: 12

Artikel: Nun wissen wir Bescheid
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-704400>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nun wissen wir Bescheid

Das bundesrätliche Rüstungsprogramm und die in demselben enthaltenen Zahlen des 1,4-Milliarden-Budgets sind dem in der Öffentlichkeit bekundeten außerordentlichen Interesse weitgehend entgegengekommen. Es ist derart umfangreich, daß wir uns vorerst auf allgemeine Ausführungen beschränken müssen, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Daß unsere Armee nur mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf der Höhe ihrer Aufgabe zu halten ist, das war jedem einsichtigen Schweizer schon lange bekannt. Die große Sorge ging vielleicht weniger um die vorzunehmenden materiellen Verbesserungen als um die Frage der Finanzierung. Als unteilbares Ganzes liegen nunmehr in beiden Richtungen Vorschläge da, die in der Märzsession der Bundesversammlung einen großen Raum in den Beratungen einnehmen werden. Die dringliche Notwendigkeit der ungeheuren Kredite ist dem Schweizervolk seit Monaten mundgerecht gemacht worden, und mit Ausnahme einer Handvoll Moskauverehrer sieht auch jeder Eidgenosse ein, daß es ein Wahnsinn wäre, inmitten der ungeheuren Aufrüstung der ganzen Welt darauf vertrauen zu wollen, daß uns nichts passieren könne und daß für uns jedes Rüsten unnötig sei. Unsere PdA.-Brüder sind «überzeugt», daß ihr unmögliches Verlangen, die schweizerischen Wehrkredite auf 300 Millionen Franken zu beschränken, unseren Verhältnissen entspreche. Die Erklärung für ihr Verhalten kann wohl nur in dem Wunsche liegen, daß eine schwach verteidigte Schweiz um so schneller von der hochgerüsteten Roten Armee überrannt werden könne, die von den Saboteuren unserer eigenen Landesverteidigung nicht genug gepriesen werden kann. So lächerlich dieses widerwärtige Spiel mit dem Landesverrat an sich auch wirken mag, tun wir doch wohl gut daran, es aufmerksam zu verfolgen.

Wenn das bundesrätliche Programm dem «Gwunder» der schweizerischen Öffentlichkeit auch weitgehend entgegenkommt, hält es begreiflicherweise in Einzelheiten doch stark zurück, die vor dem Ausland zu unserem eigenen Vorteil nicht ausgebreitet werden sollen. Eine außerparlamentarische Expertenkommission, in der die Fraktionen der eidgenössischen Räte vertreten waren, hat während eines ganzen Jahres sich eingehend mit allen Einzelheiten befaßt. Ihr darf wohl ohne Bedenken das Vertrauen entgegengebracht werden, daß sie weiß, wie die kommenden Rüstungen in allen ihren Details aussehen werden. Wir teilen daher die Auffassung eines bekannten Basler Organs nicht, «daß es nun gerade Sache aller Bürger sein soll, die zusammen die schweizerische Öffentlichkeit bilden, Stück für Stück des Rüstungsprogramms auf seine Eignung für schwei-

zerische Verhältnisse zu prüfen». Gleichzeitig wird dort auch gewünscht, daß insbesondere die Panzerfrage, dann aber auch die neuerliche Verstärkung der Luftwaffe zu den Problemen gehören, die in demokratischer Diskussion abgeklärt werden müssen. Mit einer derart eingehenden öffentlichen Behandlung unserer wichtigsten Verteidigungsfragen sind wir wirklich nicht einverstanden. Daß es in großen Zügen und in grundlegenden Fragen geschieht, ist durchaus in Ordnung; vor dem Ausland aber alle Details auszubreiten, ginge entschieden zu weit und es wäre kaum ungefährlich, das Recht auf demokratische Diskussion so überspitzen zu wollen.

In der Panzerfrage soll, wie der Presse der letzten Tage entnommen werden konnte, bereits ein wichtiger Schritt unternommen worden sein. Der Schweizerische Bundesrat soll in den Vereinigten Staaten Sondierungen unternommen haben, um die Frage abzuklären, ob dort die für die Ausrüstung unserer Armee notwendigen Panzerkampfwagen bezogen werden könnten. Im Vordergrund des Interesses scheint gegenwärtig der mittlere Panzerkampfwagen vom Typ «General Patton» zu stehen, der von einem luftgekühlten Motor von 800 PS angetrieben wird und mit einem 9-cm-Geschütz, einem leichten Feldgeschütz und mit Maschinengewehren bewaffnet ist. Als voraussichtliche Zahl der anzuschaffenden Panzerwagen werden 400—600 Stück angegeben.

Es hätte den Wünschen einer großen Öffentlichkeit entsprochen, wenn die parlamentarische Behandlung der Rüstungsvorlage schon im vergangenen Herbst hätte einsetzen können. Aber damals war die Sache noch nicht spruchreif. Daß die Beratungen nunmehr in der Märzsession in einem Zug zu Ende gehen können und nicht noch weiter hinausgeschoben werden müssen, ist erforderlich, nachdem die Vorarbeiten mit aller wünschenswerten Gründlichkeit erledigt worden sind. Die jüngste Stalinsche Kropfleerung in einem Interview mit einem Vertreter seines Regierungsorgans und die darauf folgenden Antworten der Berufenen aus dem westlichen Lager haben mit aller Deutlichkeit bestätigt, daß die gegenseitigen Auffassungen und Standpunkte noch himmelweit auseinanderliegen und daß zwischen ihnen noch immer ein großes Fragezeichen steht, das Vernunft und Frieden oder aber Krieg und Untergang bedeuten kann. Wenn wir Schweizer damit fortfahren, das Beste zu hoffen und uns auf das Schlimmste vorzubereiten, dann versäumen wir nichts. Wohl aber schaffen wir damit für unsere Landesverteidiger die Gewißheit, daß sie ihrer allfälligen Abwehraufgabe mit dem besten und für uns zweckmäßigsten Material obliegen können und nicht nutzlos verbluten müssen, weil am falschen Orte gespart werden wollte.

M.